

# Bestand des Bundesarchivs

## Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

DY 30

1946 - 1989

Berlin 2004

05.01.2013 [jugendwerkhof-treffen.de](http://jugendwerkhof-treffen.de)

### Aspekte der Strukturentwicklung der zentralen Parteigremien

Die Geschichte der SED ist unauflösbar mit der Geschichte der DDR verbunden. Die politischen Ereignisse in der DDR wirkten sich oft unmittelbar auf die innerparteiliche Entwicklung der SED aus. Veränderungen ihrer Organisationsstruktur lassen sich vielfach nur unter Berücksichtigung des politischen Geschehens erklären. Die komplizierte Parteigeschichte kann hier nicht im Einzelnen dargestellt werden, nur bestimmte historische Eckpunkte können dargestellt werden [Seit 1990 erschienen zu den verschiedensten Aspekten der Geschichte der SED bzw. DDR wissenschaftliche Abhandlungen, insbesondere sei verwiesen auf: Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch. Hrsg.: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, Berlin 1997]. Der Leser soll einen ersten Überblick über die Struktur und die Schriftgutverwaltung des zentralen Parteiapparates erhalten, um die Ablage des Schriftgutes besser verstehen zu können und Ansatzpunkte für Recherchen zu finden.

Die SED konstituierte sich in der Sowjetischen Besatzungszone am 21./22.04.1946 durch Zusammenschluss der KPD und der SPD [Vgl. Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22.04.1946 in der Staatsoper "Admiralspalast" in Berlin, Berlin 1946]. Sie wählte auf ihrem Gründungsparteitag die Parteivorsitzenden, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, sowie die leitenden Organe. Das erste Statut, das die grundlegenden Regeln für die Struktur und Tätigkeit der SED festlegte, wurde angenommen. Als höchstes Organ bestimmte es den Parteitag. Dessen Delegierte sollten die politische Generallinie ausarbeiten und festlegen, wurden aber in der Realität dieser Aufgabe nicht gerecht. Zur Leitung der Partei zwischen den Parteitagen wählten sie einen Parteivorstand (PV; 1946: 80 Mitglieder), seit 1950 das Zentralkomitee (ZK; 1986: 165 Mitglieder und 57 Kandidaten) [Eine Analyse der personellen Zusammensetzung des ZK findet sich in: Hans-Hermann Hertle, Gerd Rüdiger Stephan. Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Berlin 1997. S. 22-24]. Der PV bzw. ab 1950 das ZK bestimmte für die Arbeit zwischen den Vorstandstagungen ein Zentralsekretariat (ZS; 1946:14 Mitglieder) und seit Anfang 1949 zwei Gremien: das Politbüro (PB; 1949: 7 Mitglieder, 2 Kandidaten, 1986: 22 Mitglieder, 5 Kandidaten) und das Sekretariat des ZK (1949: 5 Mitglieder, 1986 11 Mitglieder) [Vgl. BArch DY 30/ IV 2/1/ 60 sowie DY 30/ IV 2/1/ 650]. Das ZS stellte das eigentliche Entscheidungszentrum dar und baute für die unmittelbare Arbeit einen hauptamtlichen Parteiapparat, der zunächst auf dem der KPD basierte, auf. Das Rückgrat dieses Apparates bildeten die Fachabteilungen, die sich in Referate/Sektoren gliederten. Die Abteilungen mussten während der gesamten Zeit ihres Bestehens v. a. Beschlussvorlagen für das ZS bzw. PB und Sekretariat erarbeiten und die Umsetzung der Beschlüsse kontrollieren, Stellungnahmen und Berichte vorlegen, die nachgeordneten SED-Bereiche anleiten, die Verbindungen zu den entsprechenden staatlichen Stellen halten, die Kader zielgerecht fördern sowie fachspezifische Informationen sammeln und weitergeben. Die konkreten Aufgaben legte die jeweils gültige "Arbeitsordnung des Apparates des ZK" fest. Sie wurde bis 1989 mehrmals überarbeitet und präzisiert [Die Arbeitsordnungen liegen vor in: BArch DY 30/J IV 2/3/ 358; 767; 809; 1194; 2499]. Die Abteilungen wurden bis Ende der 50er Jahre häufig umgebildet, zusammengelegt oder auch umbenannt. Arbeiteten 1946 etwa 300 Mitarbeiter dort, waren im Januar 1989 über 2000 Mitarbeiter in 45 Abteilungen tätig [Vgl. BArch DY 30/ 2180]. Nach Gründung der DDR gewannen die Abteilungen zunehmend an Bedeutung und bestanden parallel zu den Ministerien des Staatsapparates. Sie waren für das jeweilige Fachgebiet verantwortlich und dem zuständigen Sekretär im ZK unterstellt. Zwar arbeiteten die staatlichen Organe die Gesetze, Verfügungen und Verordnungen aus, aber die dazu notwendigen prinzipiellen Direktiven wurden im Parteiapparat vorbereitet und vom PB beschlossen. Parteibeschlüsse hatten jedoch keine Gesetzeskraft.

Bis zur ersten Parteikonferenz im Januar 1949 wurden die Leitungsfunktionen, so auch die der verantwortlichen Sekretäre und die der Abteilungsleiter, paritätisch mit jeweils einem ehemaligen Mitglied der KPD sowie der SPD besetzt. Auf der Suche nach einer effektiveren Arbeitsweise und auf Grund sich

vollziehender gesellschaftlicher Wandlungen kam es zwischen 1947 und 1950 häufig zu strukturellen Änderungen. Drei zentrale Organisationskonferenzen befassten sich 1946 mit dem Aufbau des Parteiapparates aller Ebenen. Die SED vereinheitlichte den aus KPD- und SPD-Strukturen übernommenen Parteiapparat, drängte v. a. sozialdemokratische Einflüsse zurück und setzte die kommunistischen Organisationsprinzipien des demokratischen Zentralismus durch. Auch die vom ZS am 24.12.1946 erlassenen "Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der SED" knüpften an kommunistische Traditionen an [Vgl. BArch DY 30/ IV 2/5/ 29]. Auf Grund der dort fixierten Festlegungen verlagerte die SED ihren Wirkungskreis in die Betriebe, die Betriebsgruppen wurden gestärkt, die Ortsgruppen geschwächt.

Mit den Beschlüssen des II. Parteitages im September 1947 wurde die Umwandlung der SED in eine zentralistische Partei vorangetrieben. Der PV schlug auf seiner 16. Tagung am 24.01.1949 vor, ein Politisches Büro (PB) und ein Kleines Sekretariat des PB (ab November 1949 Sekretariat) zu bilden. Dieser Beschluss wurde einen Tag später auf der 1. Parteikonferenz der SED angenommen [Vgl. BArch DY 30/ IV 2/1/ 60 und DY 30/ IV 1/1/ 1 bis 5]. Beide Gremien bildeten das eigentliche Entscheidungszentrum der Partei. Die Aufgabenverteilung zwischen ihnen war in der Praxis, v. a. in den 50er und 60er Jahren, nicht immer eindeutig geregelt. Das PB behandelte alle wichtigen Fragen der Parteiführung und -politik und wurde zum bedeutendsten Gremium. Seine Beschlüsse waren für alle nachgeordneten Bereiche im SED-Apparat bindend. Das Sekretariat unterstützte dessen Arbeit, bereitete die Beschlüsse für das PB vor, kontrollierte deren Umsetzung und regelte die Verbindung mit den Abteilungsleitern. Das bis dahin mit diesen Machtbefugnissen ausgestattete ZS tagte Ende Februar 1949 letztmalig. Es wurde aber offiziell nie aufgelöst. Diejenigen Mitglieder des ZS, die nicht ins PB gewählt wurden, verloren somit ihren Einfluss. 1949 verabschiedete der PV weitere organisationspolitische Beschlüsse, u. a. die EntschlieÙung "Über die Verbesserung der Organisationsarbeit der Partei" am 21.07.1949 [Vgl. BArch DY 30/ IV 2/1/ 67]. [jugendwerkhof-treffen.de](http://jugendwerkhof-treffen.de)

Mit der Gründung der DDR am 07.10.1949 wurde die SED staatstragende Partei. Ihr Anspruch auf Führung des Staates und der Gesellschaft erforderte neue Strukturen. Am 03.06.1950 legte der PV die EntschlieÙung "Über Maßnahmen zur Verbesserung der organisatorischen Arbeit der Partei" vor [Vgl. BArch DY 30/ IV 2/1/ 81]. Sie klärte die Zuständigkeiten und die generellen Aufgaben der Gremien der einzelnen Ebenen, übertrug die unmittelbare Anleitung des Apparates dem Sekretariat, erweiterte damit dessen Machtfülle und betonte die Notwendigkeit der weiteren Entwicklung der SED zur "Partei neuen Typs". Diesen Prozess der Veränderungen seit 1946 sanktionierte das neue Statut, welches die Delegierten des III. Parteitages im Juli 1950 annahmen [Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 2, Berlin 1951]. An Stelle des PV wurde ein ZK gewählt, das zwischen den Parteitagungen statutengemäÙ als höchstes Organ fungieren sollte. Aussprachen oder grundlegende Diskussionen fanden hier jedoch nur in den 1950er und 1960er Jahren statt. In den 1970er und 1980er Jahren fehlten diese gänzlich. In der Regel wurden die Entscheidungen nicht im ZK, sondern im PB oder Sekretariat getroffen. Das ZK wählte in geschlossener Sitzung das PB, das Sekretariat des ZK sowie den Generalsekretär (ab 1953 Erster Sekretär, ab 1976 erneut Generalsekretär). Von 1950 bis 1971 hatte Walter Ulbricht diese Funktion neben weiteren (u. a. von 1960 bis 1973 Vorsitzender des Staatsrates, von 1960 bis 1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates) inne.

Die 2. Parteikonferenz (09.-12.07.1952) setzte den Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung. Die Realisierung dieses Vorhabens erforderte im Verständnis der Parteiführung eine zentralistische Leitung der Gesellschaft unter Führung der SED. Nach der Verwaltungsreform im Juli 1952 wurde der Parteiapparat vergrößert, die Landesverbände wurden aufgelöst sowie Bezirks- und Kreisleitungen geschaffen. Mit Beschluss des PB vom 11.11.1952 "Über die Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei und des Apparates des Zentralkomitees" erfolgten erneut Umstrukturierungen [BArch DY 30/ IV 2/2/ 244]. Die Arbeit des Apparates sollte qualitativ verbessert werden. So wurde die Bildung neuer Abteilungen sowie mehrerer Kommissionen beim PB mit Beratungs- und Koordinierungsfunktionen beschlossen (im September 1953 umgesetzt) und deren Aufgaben definiert.

Nach den Ereignissen am 17.06.1953 (Aufstand) kam es zur Entfernung von Kritikern aus der Parteiführung, Zuständigkeiten mussten neu bestimmt werden. Die Bezeichnung "Generalsekretär" wurde in "Erster Sekretär" umbenannt [BArch DY 30/ IV 2/1/ 121]. Der IV. Parteitag verabschiedete im April 1954 das dritte Statut, das erstmals offen den Führungsanspruch der SED gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Kräften formulierte [Vgl. Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle, Bd. 1, Berlin 1954]. Mitte der fünfziger Jahre kam es zu vielfältigen Veränderungen bzw. Ergänzungen der Geschäftsordnung des ZK und seines Apparates, die die Arbeit des PB, des Sekretariats und der Abteilungen detailliert bestimmten.

Das ZK beschloss am 30.01.1957 auf seiner 30. Tagung Maßnahmen zur Vereinfachung der Arbeit des Parteiapparates und zur Verbesserung der organisatorischen Arbeit, u. a. wurden die zur Arbeit notwendigen 16 Abteilungen, deren Untergliederungen und sieben Kommissionen sowie die zuständigen Sekretäre des ZK benannt [Vgl. DY 30/ IV 2/1/ 173].

Der VI. Parteitag verabschiedete im Januar 1963 ein überarbeitetes Statut und Programm, das den "umfassenden Aufbau des Sozialismus" zur Hauptaufgabe der SED erklärte [Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle, Bd. 1, Berlin 1963]. Ein Reformkonzept für die Wirtschaft, das "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" wurde angenommen und zeigte bald Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Bereiche, so auch auf die Arbeitsweise des Parteiapparates. Mit Beschluss des PB vom 26.02.1963 wurde die Leitung der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip auf allen Ebenen mit dem Ziel einer effektiveren Gestaltung der Arbeit eingeführt [Vgl. BArch DY 30/ J IV 2/2/ 864]. Priorität besaß die Erfüllung der ökonomischen Pläne. Die Parteiarbeit wurde auf allen Ebenen verstärkt und zusätzliche Leitungsgremien, wie z. B. das Büro für Industrie und Bauwesen gebildet. Diese Überbetonung des Produktionsprinzips in der Parteiarbeit wurde bereits auf der 7. Tagung des ZK im Dezember 1964 zurückgenommen und durch eine Kombination des Territorial- und des Produktionsprinzips ersetzt [Vgl. BArch DY 30/ IV 2/1/ 316]. Das 11. Plenum im Dezember 1965 beendete das kurzzeitige Reformprogramm. In den folgenden Jahren verstärkten sich Stagnationstendenzen in der Gesellschaft, besonders auf ökonomischem Gebiet. Das PB, das Sekretariat und der zentrale Parteiapparat hatten sich als die Machtzentrale etabliert und im Artikel 1 der Verfassung der DDR von 1968 wurde der Führungsanspruch der SED erstmalig verfassungsmäßig verankert.

Auf der 16. Tagung des ZK am **03.05.1971 wurden Erich Honecker zum Ersten Sekretär** und Walter Ulbricht ehrenhalber zum Vorsitzenden der SED gewählt. Die Funktion des Vorsitzenden war im Statut nicht vorgesehen. Die Delegierten des VIII. Parteitages bestätigten diese personelle Veränderung und erklärten die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung zur innenpolitischen "Hauptaufgabe", die über die Steigerung der Arbeitsproduktivität erfüllt werden sollte [Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle, Bd. 1, Berlin 1971]. Die Realisierung dieser Maßnahmen überforderten jedoch das ökonomische Leistungsvermögen, Anspruch und Wirklichkeit drifteten immer weiter auseinander.

In den 1970er und 1980er Jahren kam es seltener zu strukturellen Veränderungen im Apparat. Personell bündelte sich die Macht in immer weniger Händen. Zu Beginn der 1970er Jahre wurden führende Positionen mit Funktionären besetzt, die Honeckers Vertrauen besaßen und seine Machtbasis sicherten. Mit der Übernahme des Vorsitzes des Staatsrates 1976 lagen die höchsten Ämter von Partei und Staat in seiner Hand. Bereits seit Mai 1971 war Honecker auch Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Politische und ökonomische Entscheidungen wurden zunehmend in alleiniger Absprache zwischen Erich Honecker, Erich Mielke und Günter Mittag getroffen. 1976 nahmen die Delegierten des IX. Parteitages ein neues Statut und Programm an [Vgl. Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, 18. bis 22. Mai 1976 im Palast der Republik in Berlin, Bd.1 und Bd. 2, Berlin 1976].

Die SED-Führung setzte ihre dogmatischen Politik fort, trat gegen gesellschaftliche Veränderungen auf und bereitete mit dieser Reformfeindlichkeit in den 1980er Jahren unbewusst ihr eigenes Ende vor. Seit 1987 verschärfte sich die innenpolitische Situation zusehends, die allgemeine gesellschaftliche Krise war nicht mehr aufzuhalten. Mit der Ablösung Erich Honeckers und der Wahl Egon Krenz zum Generalsekretär auf der 9. Tagung des ZK am 18.10.1989 begann die SED-Führung, Reformen von oben einzuleiten, die jedoch den Verlust ihrer Führungsrolle im Herbst 1989 nicht mehr verhindern konnten. Die Apparate der zentralen und regionalen Ebene lösten sich auf und neue Gremien begannen sich zu formieren. Am 3.12.1989 traten sowohl das gesamte PB als auch das ZK zurück [Vgl. BArch DY 30/ IV 2/1/ 716; 717. Vgl. Hans-Hermann Hertle und Gerd Rüdiger Stephan. Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997]. Auf einem außerordentlichen Parteitag am 8./9. sowie 16./17.12.1989 wurde die SED in SED-PDS umbenannt und strukturierte sich in den kommenden Monaten völlig neu [Vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Hrsg.: Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999].